

Altersvorsorge in Winterthur

Künzle tritt aus der Führung der Pensionskasse aus

Zur «Vermeidung von Interessenkonflikten» ist Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) aus dem Stiftungsrat der Pensionskasse der Stadt Winterthur zurückgetreten. Sein Nachfolger gilt als echter «Top-Shot».



Stadtpräsident Michael Künzle (hier bei einer Medienorientierung im Jahr 2019) verlässt den Stiftungsrat der Pensionskasse der Stadt – vor allem aus Good-Governance-Gründen.

Foto: Marc Dahinden

Wiederholt kamen in den letzten Jahren Zweifel auf, dass die Pensionskasse der Stadt Winterthur (PKSW) unabhängig genug geführt wird. Grund dafür war neben den notorischen Finanzproblemen und den hohen öffentlichen Kosten vor allem die Führungsstruktur. Denn im Stiftungsrat sassen mit dem Stadtpräsidenten und dem städtischen Finanzchef bis zuletzt auch aufseiten der Arbeitgebervertretung Personen, deren Altersvorsorge über die Kasse geregelt ist. Ein Interessenkonflikt, wie nicht nur das Stadtparlament kritisierte.

Jetzt hat der Stadtrat reagiert: Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) ist per Ende Mai aus dem Stiftungsrat zurückgetreten. Seine Nachfolge wird extern geregelt. Das Gleiche gilt für den Sitz von Ex-Finanzamtchef Reto Stuppan, der die Stadtverwaltung im Februar verlassen hat. In einer Mitteilung zu den Mutationen heisst es, diese stünden «im Einklang mit der stadträtlichen Grundhaltung, inskünftig nur noch aussenstehende Personen als Arbeitgebervertretung zu wählen». Mit dem gleichen Ziel hatte per 1. Januar 2019 die damalige Finanzvorsteherin Yvonne Beutler (SP) ihren Sitz im Stiftungsrat an Marianne Fassbind, die aktuelle Präsidentin, abgetreten.

«Es geht um viel Geld»

Künzle hat, was seinen Rückzug aus dem Stiftungsrat angeht, ambivalente Gefühle: «Es ist ein spannendes Thema, es geht um unsere Mitarbeitenden und um sehr viel Geld.» Andererseits habe es in der Tat ein Potenzial für Interessenkonflikte gegeben. «Es gab die eine oder andere Situation, wo ich in den Ausstand treten musste.»



Dieter Stohler leitet noch bis im Herbst die Pensionskasse des Bundes.

PD

Der Stadtrat erfüllt mit der neuen Organisation nun eine Forderung des Gemeinderates und nimmt etwas Druck aus der politischen Situation; vom Parlament ist aktuell der Auftrag hängig, einen Anschluss an eine andere, grössere Vorsorgeeinrichtung zu prüfen. Gleichzeitig verliert der Stadtrat seinen direkten Einfluss auf den Stiftungsrat. Zwar bestimmt er die Arbeitgebervertreter und hat damit einen «gewissen Einfluss», wie Künzle sagt. Aber die Unabhängigkeit des Stiftungsrates, dessen Beschlüsse – vor allem über die Höhe der öffentlichen Sanierungsbeiträge – direkte Auswirkungen auf die Stadtfinanzen haben, wird durch die externen Arbeitgebervertretungen gestärkt. Künzle betont, die gewählten Vertreter seien dem Stadtrat gegenüber rechenschaftspflichtig. Was das einschliesst, will der Stadtrat mit den Stiftungsräten demnächst besprechen.

Grosse Namen

Die Pensionskasse selbst gewinnt mit dem Wechsel im Stiftungsrat an Know-how. Der Stadtrat konnte beide Posten auffallend hochkarätig besetzen: mit Kerstin Windhövel, die ihr Amt am 1. Juni angetreten hat, und Dieter Stohler, der im Oktober dazustösst.

Windhövel leitet das Kompetenzzentrum Vorsorge an der Kalaidos-Fachhochschule für Wirtschaft Zürich, besitzt eine auf Vorsorge spezialisierte Beratungsagentur und sitzt in mehreren Stiftungsräten. Stohler leitet seit 2012 als Direktor die Pensionskasse des Bundes Publica und damit eine der grössten Vorsorgeeinrichtungen der Schweiz. Auch ist er Dozent für den Lehrgang «Pensionskassen-Management» der Hochschule Luzern und gilt als ausgewiesener Experte. Beim Bund hat er per Ende September gekündigt, im Anschluss wird er in mehreren Stiftungsräten Einsitz nehmen.



Kerstin Windhövel ist unternehmerisch und als Dozentin im Vorsorgebereich tätig.
PD

Der Stiftungsrat der PKSW trifft sich achtmal jährlich zu einer rund vierstündigen Sitzung. Diese selbst sowie der Vorbereitungsaufwand sind mit insgesamt 9000 Franken entschädigt. Stiftungsratspräsidentin Marianne Fassbind, die selbst mehrere Mandate hat, sagt, die Bezüge in Winterthur seien vergleichsweise tief angesetzt. Umso erfreulicher sei es, dass man für die zwei Sitze solche ausgewiesenen Fachleute habe gewinnen können.

Publiziert: 05.06.2020, 17:32